

Dr. Hornyacsek Júlia

Die Erhöhung der Selbstschutzzfähigkeiten des Bürgers kann das Leben vieler Menschen retten

Egyre több országban ismerik fel a szakemberek, hogy a lakosság hatékony és eredményes védelmét csak akkor lehet megvalósítani, ha abban jelentős részt vállal maga az állampolgár is. A lakosság akkor képes tevékeny résztvevője lenni a védelmi rendszernek, ha kialakítják, és a környezete potenciális veszélyeztetettségének megfelelő szintre fejlesztik az önvédelmi készségét. A német gyakorlatot és szervezeti rendszert mutatja be szerzőnk.

Az önvédelmi készség kialakítása nem egy egyszeri esemény, hanem egy folyamat eredménye, és ennek a folyamatnak a tervezéséhez, végrehajtásához nem elegendők csak az állami, hivatásos szervek, hanem jelentős részt kell vállalniuk benne a civil szervezeteknek is. Ebben a tanulmányban megvizsgálom, hogy Németországban hogyan és milyen formában működik a polgári védelem és a katasztrófavédelem intézményi rendszere, és milyen szerepet vállalnak a hivatásos szervek és a civil szervezetek a lakosság önvédelmi készségének fejlesztésében. Bemutatom, hogyan értelmezik, és milyen tartalommal töltik meg az önvédelmi készség fogalmát, továbbá, hogy milyen szervek, intézmények segítik a lakosság védelmét.

Blick auf die Praxis von Deutschland

Die Staaten von Europa streben danach, die Bevölkerung auf die Gefahren vorzubereiten, und Systeme zu betätigen, die fähig sind in einer Gefahrenlage die Bürger zu verteidigen. Die bedauerlichen Ergebnissen der letzten Zeit beweisen leider, dass es egal ist, wie gut entwickelt eine Staat ist, allein ist er nicht fähig, die Verteidigung der Bevölkerung nur auf das eigenen defensiven Schutzsystem basierend zu lösen.

Die Fachleute erkennen in immer mehr Ländern, dass der wirksame und erfolgreiche Schutz der Menschen erst verwirklicht werden kann, wenn auch die Staatsbürger an diesem Prozess bedeutend teilnehmen, und es mitmachen. Die Abhandlung sucht die Antworten auf die Fragen: wie der Katastrophenschutz, Zivilschutz in Deutschland ausgebaut ist, und wie sie dem Zustandekommen des Selbstschutzes dienen können, und in welchem Masse.

In dieser Abhandlung untersuche ich noch, wie der Bevölkerungsschutz in Deutschland funktioniert, wie die Selbstschutzzfähigkeiten der Menschen dort ausgebaut werden können.

Die Bevölkerung kann an diesem Prozess erst teilnehmen, wenn ihre Selbstschutzzfähigkeiten auf ein bestimmtes Niveau erhöht sind. Es ist immer mehr einzusehen, dass die Entwicklung des Selbstschutzes nicht von selbst kommt, sondern ausgebaut werden muss. Es ist ein Ergebnis eines laufendes Lernprozesses. Zu diesen Prozess reichten die staatlichen Behörden nicht aus, sondern auch andere Sektoren und die Zivilorganisationen müssen eine bedeutende Rolle daraus annehmen.

Die Deutung des Begriffes „Selbstverteidigungsfähigkeit“.

Was der Selbstschutz bedeutet? In Deutschland unter diesen Begriff werden alle Tätigkeiten gemeint mit denen der Mensch gegen allen negativen Wirkungen kämpft, die auf ihn und auf seine Umwelt wirken. Es sind Tätigkeiten, die die Überbrückung der Zeit dienen, die in gefährlichen Lagen vom Antritt der Notsituation bis zum Eintreffen einer organisierten Hilfe dauert. Es sind mehrere Begriffe für Selbstschutz bekannt. Der Schutz gegen die physische Einwirkung wird Selbstverteidigung genannt. Auf die psychische Einwirkung wird der Begriff Selbstbehauptung benutzt.

In diesen Begriffenkreisen ist in der letzten Zeit der Begriff „Mobbing“ erschienen. Das bedeutet alle Beschwerden, die auf den Menschen in dem Machtspiel an verschiedenen Arbeitsplätzen, Schulen wirken. ZB.: sexuelle Bedrohungen, der Klatsch, sozialer Exkommunizierung usw.

Einer der wichtigsten Kategorien des Selbstschutzes ist die Selbstrettung (Rescue). Es bedeutet alle Kenntnisse und Fähigkeiten, die man braucht, wenn man sich aus einer Notsituation selbst retten muss. Viele Zivilorganisationen bauen in ihre Programme dieses Thema ein, und sie verwirklichen die Ausbildung unter ihren Mitgliedern. Die Bücherbranchen, Redaktionen haben sich auf diesem Gebiet arrangiert.

Sie geben Bücher, Prospekte, Zeitschriften usw. heraus, die wichtige Kenntnisse über Selbstverteidigung an uns vermitteln.¹

Es sind neben den gedruckten Formen auch neue Methoden entwickelt, die über Internet einsehbar sind, und für den Lernenden besser geeignet sind. Diese sind immer populärer. Die Lernmethoden sind interaktiv und die Leser haben die Möglichkeit, mit den Programmen zu „kommunizieren“. Auch die Spielzeugbranchen produzieren in der letzten Zeit Spielzeuge, mit denen die Kinder spielerisch erlernen können, wie sie sich bei Gefahren benehmen sollen, damit Sie keine Verletzung erleiden.

Der Inhalt der Ausbildung

Die Bevölkerung wird in vier Kategorien ausgebildet:

1. Stufe: Die Vermeidung
2. Stufe: Das Vorbeugen (Abschreckung)
3. Stufe: Die Abwehr
4. Stufe: Selbstverteidigung, Selbstbehauptung

Die Vermeidungsstufe beinhaltet alle Kenntnisse, die zeigen, wie die Menschen die Gefahren vermeiden können. Es wird betont, dass wir oft nicht verhindern können, dass ein Gefahr vorkommt, aber wir können es erlernen, wie wir die Gefahren vermeiden können.

Die Vorbeugungsstufe beinhaltet alle Kenntnisse, die uns lehren, wie wir leben sollen, was wir tun sollen, dass wir selbst keine Katastrophen verursachen. Daraus erkennt man, wenn der Mensch nicht vorsichtig genug ist, oder seine Kenntnisse mangelhaft sind, kann man der Umwelt grossen Schaden zufügen, anderen Menschen verletzen, oder sich selbst krank machen.

¹ Ulrike Herle: Selbstverteidigung beginnt im Kopf, Piper, München, 1994. ISBN 3-492-11721-x., Carsten Nichte: Instrumente zur Selbstbehauptung und Selbstverteidigung, KursbuchSelbstverteidigung www.nichte.de 2008.10.11.

Die Abwehrstufe beinhaltet alle Kenntnisse, die uns die Rettungsorganisationen vorstellen, die uns bei Gefahren wirksam helfen können. Es lehrt uns, wie diese Organisationen arbeiten, wie der Vorgang der Rettung ist, und wie wir diese Helfer alarmieren können. Es lehrt uns auch, was für Staatsbürgerpflichten wir haben, um die Menschen retten zu können.

Die Selbstverteidigungs-, Selbstbehauptungsstufe beinhaltet alle Kenntnisse, die uns zeigen, wie wir uns bei Gefahren verhalten müssen, wie wir uns schonen können. Die Kategorien des Selbstschutzes – was den Inhalt betrifft - decken alle Kenntnissen, die man braucht, wenn man sich verteidigen soll.

Diese obigen Kategorien trennen sich selbstverständlich nicht scharf voneinander, sie funktionieren parallel, und die Kenntnisse der verschiedenen Systemen sind synchronisiert. Die Organisationen streben danach, ihre Arbeiten im Einklang zu verrichten. Das Grundprinzip der Aufklärung ist: es ist notwendig, dass die Methoden der Aufklärung Kosten sparsam aber trotzdem wirksam sind.

Der Zivilschutz und Katastrophenschutz in Deutschland

Deutschlands staatliches Sicherheitssystem ruht auf vier organisatorischen Säulen:

- Streitkräfte,
- Polizei,
- Dienste (BfV, BND, MAD) und
- Bevölkerungsschutz.

Der Bevölkerungsschutz ist eine wesentliche Säule im Gesamtkonzept der nationalen Sicherheitsarchitektur der Bundesrepublik Deutschland. Er dient der Realisierung der staatlichen Schutzpflicht für die einzelnen Bürger. Bund und Länder haben in Vorsorge- und Sicherstellungsgesetzen, im Zivilschutzgesetz, in den verschiedenen Brandschutz- und Katastrophenschutzgesetzen sowie in den Rettungsdienstgesetzen Einzelregelungen getroffen. Zivilschutz und Katastrophenschutz sind sehr wichtige Währungsorgane.

Diese Themen in Deutschland regelt die Verfassung. Nach dem 73 §, gehört der Zivilschutz zum Verteidigungsministerium und ist auf Bundesebene geregelt und organisiert. Der Katastrophenschutz (nach dem 30-sten 70-sten § der Verfassung gehört zum Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, und ist auf Landesebene geregelt und organisiert. Zivilschutz und Katastrophenschutz waren bisher eigentlich ganz getrennt. Auch die Kosten der Planung, Organisierung und Verwirklichung sind so aufgeteilt worden. Der Bund, Länder und Gemeinden in einem gemeinsamen Hilfeleistungs- bzw. Vorsorgesystem zum Schutz der Bürger vereinen.

Insbesondere das Notfall-/Katastrophenvorsorgesystem mit dem auf den Verteidigungsfall bezogenen Zivilschutz des Bundes und dem Katastrophenschutz in Zeiten des Friedens in der Kompetenz der Länder hat sich seit den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA und insbesondere nach der Elbeblut im August 2002 gewandelt: Bund und Länder haben sich 2002 in politischem Konsens auf die „**Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland**“ verständigt.

Diese Strategie betont die gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern für außergewöhnliche Schadenslagen von nationaler Bedeutung im Sinne eines partnerschaftlichen Zusammenwirkens durch bessere Verzahnung der vorhandenen Hilfspotenziale von Bund, Ländern, Kommunen und Hilfsorganisationen neue Koordinierungsinstrumente für ein besseres Zusammenwirken im Krisenfall²

Am 20-ten Mai 2008 wurde –wegen der internationalen und heimische Ereignisse - eine neue Bürgerschutzkonzeption ausgegeben. Auf Grund dessen, wurde die Teilnahme des Bundes an einigen Gebieten zu Verteidigung weniger, an anderen Gebieten - wie globaler Klimawandel, Terrorismus, Pandemie - mehr. Als wichtiger Beitrag des Bundes zur Neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland wurde das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe BBK errichtet. Gemeinsam mit der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) nimmt es als Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern (BMI) Aufgaben der Zivilen Sicherheitsvorsorge insbesondere im Bevölkerungsschutz und in der Katastrophenhilfe wahr. Die staatliche Rollenverteilung in der Fliegerabwehr und Feuerschutz ist weniger geworden.

Mit dem bisherigen Ausstattungskonzept des Bundes werden die nach Landesrecht im Katastrophenschutz mitwirkenden Einheiten und Einrichtungen in den Bereichen Brandschutz, ABC-Schutz, Sanitätswesen und Betreuung ergänzend ausgestattet und ausgebildet. Die flächendeckende Bereitstellung der Ausstattung erfolgt in Bundesauftragsverwaltung über die jeweiligen Bundesländer.

Die vorhandene friedensmäßige Katastrophenschutzausstattung wird vom Bund durch überwiegend handelsübliches Gerät quantitativ ergänzt, das insbesondere auf den Schutz der Zivilbevölkerung vor den Auswirkungen von bewaffneten Konflikten abgestimmt ist. Im Bereich des ABC-Schutzes erfolgt zudem schon jetzt auch eine qualitative Aufwertung des vorgehaltenen Gefahrenabwehrpotentials. Die aus der Beschaffung, Ausbildung, Vorhaltung und dem durch ihn veranlassten Betrieb entstehenden Kosten trägt der Bund.

Die neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung soll sicherstellen, dass die personellen und materiellen Ressourcen durch die verstärkte, gemeinschaftliche und zielorientierte Aufgabenwahrnehmung des Bundes und der Länder wirksam eingesetzt werden kann. Darüber hinaus sollen erkannte Schwachstellen der bisherigen technischen Ausstattung aber auch der Verwaltungsstrukturen behoben werden. Die Dislozierung der vorzusehenden besonderen Gefahrenabwehrpotenziale wird verstärkt auf Gefährdungsanalysen basieren müssen.

Das Engagement des Bundes und der Länder ist auf der Basis von Risikokategorien an den nachfolgenden Versorgungsstufen auszurichten:

1. normierter alltäglicher Schutz (Stufe I)
2. standardisierter flächendeckender Grundschutz (Stufe II)
3. erhöhter Schutz für gefährdete Regionen und Einrichtungen (Stufe III)
4. Sonderschutz mit Hilfe von Spezialkräften für von Bund und Ländern gemeinsam definierte besondere Gefahren (Stufe IV TASK FORCES)

² **Schutz und Hilfe für die Bevölkerung** Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) Bonn, Deutschland www.bbk.bund.de, www.denis.bund.de 2007 S.1.

Künftige Ausrichtung:

Die zeitgemäße und am Bedarf ausgerichtete Ausgestaltung des künftigen Katastrophenschutzpotenzials des Bundes im Bevölkerungsschutz geht von folgenden grundsätzlichen Vorgaben und Annahmen aus:

- Der Bund hat eine (erweiterte) grundgesetzliche Zuständigkeit für
- „außergewöhnliche Gefahren- und Schadenlagen“.
- Das Katastrophenschutzpotenzial (in der dann „verringerten“
- Zuständigkeit) der Länder ist bekannt.

Zum Zivilschutz gehören insbesondere

- der Selbstschutz,
- die Warnung der Bevölkerung,
- der Schutzbau,
- die Aufenthaltsregelung,
- der Katastrophenschutz,
- Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit,
- Maßnahmen zum Schutz von Kulturgut.³

Die neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung bestimmt auch, welche Organisationen im Katastrophenschutz teilnehmen:

- Technisches Hilfswerk (THW)
- Feuerwehr,
- Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK),
- Gemeinsames Melde und Lagezentrum von Bund und Ländern (GMLZ),
- Das deutsche Notfallvorsorge-Informationssystem (deNIS),
- Rettungsorganisationen

Auch die Zivil und humanitäre Organisationen haben eine grosse Rolle im Schutz der Bürgern, sowie:

1. das Deutsche Rote Kreuz,
2. der Arbeiter-Samariter-Bund,
3. der Deutscher Feuerwehrverband
4. die Johanniter-Unfall-Hilfe
5. der Malteser-Hilfsdienst
6. die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft,



³ Zivilschutzgesetz (ZSG) vom 25. März 1997. 1. §



Die Mitwirkung der öffentlichen und privaten Organisationen bei der Erfüllung der Aufgaben richtet sich nach den landesrechtlichen Vorschriften für den Katastrophenschutz. Die mitwirkenden öffentlichen und privaten Organisationen bilden die erforderliche Zahl von Helferinnen und Helfern aus, sorgen für die sachgerechte Unterbringung und Pflege der ergänzenden Ausstattung und stellen die Einsatzbereitschaft ihrer Einheiten und Einrichtungen sicher. Die Bürger werden motiviert, in diesen Organisationen teilzunehmen. Die Organisationen bekommen eine bestimmte Summe vom Staashaushalt, um ihre Traditionen pflegen zu können, einheitliche Uniformen kaufen zu können, und die Ausbildung der Mitglieder erfolgreich wahrnehmen zu können.



Gemeinsame Übung: Berufs- und freiwillige Rettungsorganisationen

Quelle: Schutz und Hilfe für die Bevölkerung, Bonn 2007. Deutschland, www.denis.bund.de 2007 S.5

Wichtige Organe des Bevölkerungsschutzes

Als wichtiger Beitrag des Bundes zur Neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland wurde im Mai 2004 das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) errichtet. Es organisiert als Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern (BMI) Aufgaben der Zivilen Sicherheitsvorsorge (insbesondere im Bevölkerungsschutz und in der Katastrophenhilfe).

a, Gemeinsames Melde und Lagezentrum von Bund und Ländern (GMLZ)

Primäre Aufgaben des GMLZ sind neben der ständigen Lagebeobachtung die Entgegennahme, Beschaffung, Analyse, Verarbeitung, Koordinierung, Weitergabe und der Austausch von Meldungen und Informationen sowie die Prognose von Schadensentwicklungen im Ereignisfall. Im Rahmen der Katastropheneinsätze führt das GMLZ länderübergreifende Experten- und Ressourcenrecherchen durch und vermittelt die Ergebnisse an die Bedarfsträger. Darüber hinaus wird das GMLZ im Auftrag des Bundesministeriums des Inneren im Rahmen internationaler Verfahren, wie beispielsweise dem Gemeinschaftsverfahren der Europäischen Union zur Förderung einer verstärkten Zusammenarbeit bei Katastrophenschutzzeinsätzen tätig.

b, Das deutsche Notfallvorsorge-Informationssystem (deNIS)

Das deutsche Notfallvorsorge-Informationssystem (deNIS) fasst Informationen zum Bevölkerungsschutz zusammen, bereitet diese Informationen auf, und stellt sie bestimmten Bedarfsträgern zur Verfügung. Für die interessierten Bürger und das Fachpublikum steht das offene Internetportal deNIS I zur Verfügung. Es fasst Informationen über Gefahrenpotenziale sowie Merkblätter über Verhaltensmaßnahmen zusammen, die im Internet von Behörden und Institutionen angeboten werden. Die Lagezentrale der Bundesressorts und der Innenministerien der Länder steht deNIS IIplus zur Verfügung. Hierbei handelt es sich um ein geografisches Informationssystem zur Unterstützung des Krisenmanagements bei großflächiger Gefahr.

c, Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz

Das BBK leistet bei der Zivilschutzausbildung einerseits die Grundlagenarbeit für alle Ausbildungsfragen des zivilen Bevölkerungsschutzes, und stellt mit der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) die zentrale Aus- und Fortbildungseinrichtung. Es wird in Deutschland gemeint: informierte Bürger erhöhen die Sicherheit. Bei Gefahrenereignissen kommt der Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung (einem Teil des Selbstschutzes) eine hohe Bedeutung zu (siehe auch das Thema „Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung“).

d, Fachinformationsstelle Zivil- und Katastrophenschutz

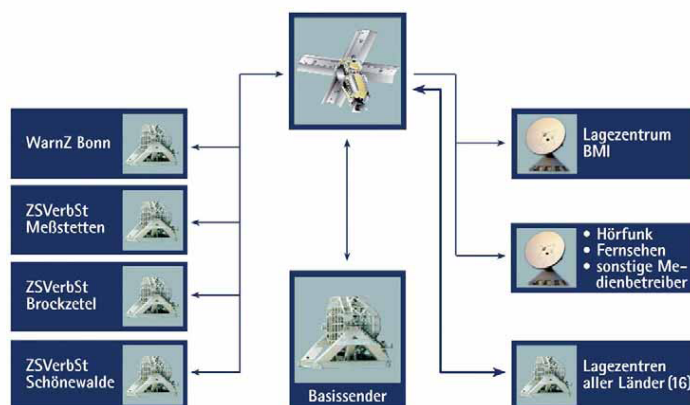
Die Fachinformationsstelle des BBK (FIS) sammelt, erschließt und vermittelt Fachliteratur zu allen Themen des Bevölkerungsschutzes. besteht aus Bibliothek und Dokumentation. Im Internet ist sie unter [www. bbk.bund.de](http://www.bbk.bund.de) auf der Eingangsseite unter dem Menüpunkt „Fachinformationsstelle“ zu finden. Wie folgendes:

- Broschüren
- Fachpublikationen
- Sonderpublikationen
- Leitfäden zB: Leitfaden für die ärztliche Versorgung im Katastrophenfall
- Faltblätter zB: ABC-Erkundungskraftwagen
- Merkblätter zB.:Erstattungsantrag weitergewährtes Arbeitsentgelt
- Weitere Veröffentlichungen zB.: Lernprogramme
- Newsletter
- Bevölkerungsschutzmagazin

e, Warnzentrale

Der Bund hat ein System geschaffen, das es erlaubt, die Bevölkerung im Krisen- oder Verteidigungsfall vor den auftretenden Gefahren zu warnen. Es ist ein schnelles Übertragungs-/Empfangssystem (satellitengestütztes Warnsystem). Über das System können innerhalb weniger Sekunden Warnmeldungen an alle angeschlossenen Rundfunkanstalten sicher übertragen werden.

Übertragungs-/Empfangssystem



Quelle: Schutz und Hilfe für die Bevölkerung, Bonn 2007. Deutschland www.bbk.bund.de, www.denis.bund.de 2007 S.12

Die Rolle der Zivilorganisationen in der Vorbereitung auf die Gefahren der Bevölkerung

Es ist einzusehen, dass auch die Zivilorganisationen eine grosse Rolle in der Vorbereitung der Bevölkerung auf die Gefahren spielen. Die freiwillige Arbeit hat grosse Traditionen in Deutschland. Die Familien streben danach, die Kinder so zu erziehen, dass sie die freiwillige Arbeit ehren, und sie gern in den Rettungsorganisationen arbeiten. Die meisten freiwillige Organisationen haben auch eine Jugendsektion, oder einen Jugendverband. Die Freiwilligkeit bedeutet aber nicht, dass es kostenlos ist. Der Staat unterschützt die Freiwilligen Organisationen.

Wie diese Organisationen dazu beitragen, dass die Bevölkerung besser auf Gefahren vorbereitet ist? Das stelle ich durch der Arbeit des Feuerwehrverbandes vor.

Der Deutsche Feuerwehrverband⁴

Über 1,3 Millionen Mitglieder zählen heute die Feuerwehren in Deutschland und bilden somit bundesweit die größte Gefahrenabwehrorganisation. Der Deutsche Feuerwehrverband (DFV) ist der Fachverband der deutschen Feuerwehren. Ihr gemeinsam formuliertes Ziel ist:

- Der DFV vertritt die Interessen des deutschen Feuerwehrwesens auf Bundesebene und international
- Der DFV ist das Kompetenzzentrum des deutschen Feuerwehrwesens
- Der DFV ist die PR- und Informationszentrale des deutschen Feuerwehrwesens
- Der DFV koordiniert die Management-Aktivitäten und organisiert zentrale Veranstaltungen
- Die Arbeit des DFV ist finanziell abzusichern.

⁴ laut: <http://www.dfv.org/ueberuns/index.htm>

Es gibt Rechtmitglieder, Ehrenmitglieder, und Fördermitglieder des Verbandes. Die finanzielle Unterstützung durch institutionelle und private Beiträge zu organisieren, wurde der Förderkreis des DFV gegründet. Der Förderkreis ruft alle auf, als Person oder Institution dem Förderkreis beizutreten und mitzuhelfen, die Feuerwehren aktiv zu unterstützen. Viele spenden dem Verband Geld, weil ihre Arbeit für wichtig halten.

Aktionen

Der Verband macht Aktionen. ZB.: „*Doppelt im Einsatz*“-Aktion: Mehr als eine Million Retter sind im außergewöhnlichen Doppelengagement in Beruf und Ehrenamt tätig – das zeichnet die mehr als eine Million Männer und Frauen in Deutschlands Freiwilligen Feuerwehren aus.

„Doppelt im Einsatz“ lautet deshalb auch der Slogan der Feuerwehr-Aktionswoche. Der Deutsche Feuerwehrverband (DFV) will mit der Kampagne die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements für die flächendeckende Gefahrenabwehr deutlich machen.

Facharbeit

Die Facharbeit ist die inhaltliche und fachspezifische Erörterung aller Problem- und Tätigkeitsbereiche im Interesse der deutschen Feuerwehren. Der Deutsche Feuerwehrverband bedient sich der Sach- und Fachkompetenz aus seinen Mitgliedsverbänden, die er in insgesamt 14 Fachbereichen (FB) mit unterschiedlichen Aufgabenbereichen bündelt. Unter Nutzung der vielfältigen Kenntnisse, Erfahrungen und Fähigkeiten der Angehörigen der deutschen Feuerwehren wird so ein hohes Maß an sachlicher und fachlicher Qualifikation der Arbeit erreicht.

Durch eine modulare Arbeitsweise können fachspezifische Themen in den einzelnen Themenbereichen bearbeitet werden. Die Brandschutzerziehung zB. dient der vorbeugenden Aufklärung aller Bevölkerungsgruppen; hierbei beginnt die Zielgruppe bereits im Kindergarten und führt über Brandschutz-Tipps in allen Alltagsbereichen bis hin zur Brandschutzaufklärung für Bewohner von Alten- und Pflegeheimen.

Jugendfeuerwehrverband⁵

Den Bundesverband Deutsche Jugendfeuerwehr gibt es seit 1964. Sie werden gebraucht - um Freiwilligkeit innerhalb der Feuerwehren zu sichern, um gesellschaftliches und kulturelles Leben aufrechtzuhalten und um der Jugend zu zeigen, was Gemeinsinn bedeutet.

Es gibt 240.000 Mitglieder im Alter von 10 bis einschließlich 17 Jahren in mehr als 17.600 Jugendfeuerwehr-Gruppen. Sie meinen, jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.

Das Ziel hat der Jugendfeuerwehrverband gestellt: Förderung einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit des einzelnen Jugendlichen. Soziales Lernen im Miteinander und technische Bildung sind u.a. im Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) und

⁵ laut: <http://www.jugendfeuerwehr.de/9-0-Wir-ueber-uns.html>

den Ausführungsgesetzen der Länder als Ziele unserer Arbeit festgeschrieben. Aktive Mitgestaltung des Jugendfeuerwehrlebens durch vielfältige Methoden garantiert allen Beteiligten Spass, Freude und Erfüllung.

Kampagne

Der Verband macht Kampagne zB.: „Unsere Welt ist bunt“ lautet das Motto der großen Integrationskampagne der Deutschen Jugendfeuerwehr (DJF). Der Jugendverband will mit der Kampagne ein Zeichen setzen und die „bunte Mischung“ seiner Mitglieder aufzeigen. Ziel der Integrationskampagne ist es, die Individualität der Jugendlichen zu fördern.

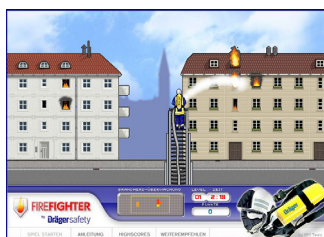
Spiele

Sie veröffentlichen Spiele rund um die Feuerwehr, mit denen Die Kinder spielend erlernen können, wie die Feuerwehrrarbeit ist. Siehe unten einige Beispiele:



Lego Ville

Ein Spiel für Kinder die davon träumen Feuerwehrmann zu werden. Hier können Sie schon einmal üben, ein Feuer zu löschen, ein Feuerwehrauto zu fahren und im Ernstfall die richtige Notrufnummer zu wählen.



Firefighter

Von der Drehleiter aus, gilt es Wohnungsbrände einzudämmen und zu löschen. Dabei werden die Zeit der Löscharbeiten und das Ausmaß des Brandschadens als Kriterien für die zu erreichende Punktzahl genutzt. Wasser marsch!



Firefighter - the mission

Bei diesem Spiel sind Sie Feuerwehrmann und müssen bei zehn verschiedenen Einsätzen Menschen retten und Feuer löschen. Vor jedem Einsatz gibt es eine Einsatzbesprechung, in der die Lage erläutert wird und Sie Ihr Equipment prüfen können.⁶

Zusammenfassung

Wie es gelesen werden könnten, die freiwillige Arbeit ist in Deutschland viel populärer als in Ungarn. Die Berufsrettungsorganisationen und die freiwillige Rettungsorganisationen ergänzen sich wie Zahnräder. Die freiwilligen Helfer helfen sowohl in den Rettungsarbeiten, als auch in der Vorbereitung der Bevölkerung auf die Gefahren. Sie übernehmen viele Aufgaben, die die Staatlichen Organe ihnen geben, und das Verteidigungssystem wird dadurch wirksamer und bunter.

Die Jugendorganisationen erziehen die Nachfolger, und daneben stellen sie den Jugendlichen sinnvolle Freizeitprogramme. Diese Organisationen, egal ob es freiwillige oder Berufsorganisation sind, sind wichtiger Teil des Gesellschaftskapitals.

⁶ <http://www.jugendfeuerwehr.de/55-0-Spielplatz.html>

Literatur, Quellen:

<http://de.wikipedia.org/wiki/Manschafftstransportwagen> 2008.10.11.

http://de.wikipedia.org/wiki/Bundesanstalt_Technisches_Hilfswerk. 2008. 10. 11

Zivilschutzgesetz vom 25 März 1997

Schutz und Hilfe für die Bevölkerung, Bonn: 2007. www.bbk.bund.de

Die Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ)

www.dfv.org.ueberuns/index.htm weboldal

<http://www.dfv.org/fachthemen/fal/fizpräsentation.pdf>

www.Jugendfeuerwehr.de

http://www.bbk.bund.de/cln_007/nn_398012/DE/06_Fachinformationsstelle

www.denis.bund.de

<http://www.jugendfeuerwehr.de/55-0-Spielplatz.html>

xxx